

Im Rahmen eines ausführlichen Berichtes zur aktuellen Situation und den weiteren Planungen zur Unterbringung der Flüchtlinge in Rheinbach beschreibt Bürgermeister Raetz die Maßnahmen zur geplanten Ertüchtigung des Wirtschaftsweges, mit dem die Containeranlage an die Kreisverkehrsanlage Münstereifeler Straße angebunden werden soll. Zur Überquerung der L 493 für Fußgänger ist eine provisorische Bedarfslichtsignalanlage einzurichten (siehe Anlage zur Niederschrift). Der Landesbetrieb Straßen NRW fordert hierzu einen sogenannten Signalplan von der Stadt. Hierzu muss die Stadt ein Gutachten in Auftrag geben. Darüber hinaus wird der weitere Weg in Richtung Innenstadt besser ausgeleuchtet. Die Hauptzufahrt vom Schornbuschweg bleibt bestehen.

Ratsfrau Koch führt aus, dass der Beschlussvorschlag für die SPD-Fraktion eine akzeptable Lösung darstellt, da der Kostenrahmen nicht gesprengt wird. Die SPD-Fraktion legt Wert darauf, dass die Reihenfolge der ggf. erforderlich werdenden weiteren Unterkünfte - wie vom Rat beschlossen - eingehalten wird, auch wenn die nun geschaffene Infrastruktur am Schornbusch Raum für mehr Container zulässt. Es gilt auch erst einmal Erfahrungen mit diesem Standort zu sammeln. Schließlich ist die Containeranlage nur für eine vorübergehende Unterbringung geeignet. Daher muss die Schaffung von Wohnraum weiter verfolgt werden, um diesen Menschen auch dauerhaft eine Bleibe in Rheinbach zu bieten.

Ratsherr Pütz schlägt vor, den Sachverhalt in der nächsten Sitzung des im dafür zuständigen Ausschuss für Stadtentwicklung: Umwelt, Planung und Verkehr zu behandeln. Bürgermeister Raetz bittet dabei den besonderen Zeitdruck zu berücksichtigen, erklärt sich aber mit der Vorstellung des Sachverhaltes im Ausschuss einverstanden.

Ratsherr Logemann begrüßt den vorgestellten Lösungsansatz der Wegführung, aber auch die stufenweise Verfolgung der bisher festgesetzten weiteren möglichen Bedarfsunterkünfte in der Reihenfolge. Die Atempause muss genutzt werden, um im Rahmen des Wohnbaukonzeptes dauerhafte günstige Unterkünfte zu schaffen und die Mehrzweckhallen wieder ihrer eigentlichen Nutzung zuführen zu können.

Bürgermeister Raetz kündigt an, dass nach entsprechendem Baufortschritt ein Ortstermin und eine Bürgerversammlung anberaumt werden. Die jetzt geplante Wegführung dient der Sicherheit der Flüchtlinge, die in der Regel mit den hiesigen Verkehrsverhältnissen nicht vertraut sind. Klar ist aber auch, dass sie sich überall frei bewegen dürfen, soweit sie sich an die Straßenverkehrsordnung bzw. Gesetze und Verordnungen halten. Er stimmt dem Vorschlag des Ratsherrn Kerstholt zu, die Situation an der geplanten Querungshilfe zu beobachten und bei verstärktem Verkehrsaufkommen bzw. auftretenden Gefahrensituation dem Ausschuss zu berichten.